

Nationaler Integrationsplan
Themenfeld 4: „Lebenssituation von Frauen und Mädchen verbessern, Gleichberechtigung verwirklichen“
Zwischenbilanzierung

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
Maßnahmen und Selbstverpflichtungen des Bundes				
<p>Erarbeitung des „2. Aktionsplans der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“ mit Schwerpunkt Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund; der Sicherung der Datenlage zum Thema Gewalt gegen Migrantinnen insgesamt wird u.a. zentrale Bedeutung beigemessen.</p>	<p>BMFSFJ</p>	<p>Der Aktionsplan II (AP II) wurde am 26.09.2007 vom Kabinett verabschiedet.</p> <p>Seit Februar 2008 liegen die Ergebnisse der Sekundäranalyse „Gesundheit – Gewalt – Migration“ als Kurzfassung in gedruckter Form und als Langfassung online auf der Homepage des BMFSFJ - www.bmfsfj.de - vor.</p>	<p>Der AP II bündelt 133 Maßnahmen der Bundesregierung, die in Zuständigkeit des jeweiligen Ressorts umgesetzt werden. Hiervon dienen 11 Maßnahmen der Prävention und Bekämpfung von Zwangsverheiratungen, unter anderem das bereits gestartete Projekt von „Papatya“ (s.u.) zur Online-Beratung für von Zwangsverheiratung betroffene bzw. bedrohte Frauen und Mädchen.</p>	<p>Eine Zwischenbilanz zur Umsetzung der Maßnahmen des AP II ist für Ende 2008 vorgesehen.</p>
<p>Bis Mai 2007 Erstellung einer Studie zu einer bundesweiten Evaluierung von Praxisarbeit im Bereich Zwangsverheiratung und Erstellung eines Readers zum Thema Zwangsverheiratung; aus diesen Arbeiten heraus Entwicklung von Definitionen und Fragestellungen für eine größere qualitative und quantitative Studie</p>	<p>BMFSFJ (in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte)</p>	<p>Der Sammelband, der auch die Praxisevaluationsstudie enthält, liegt vor.</p>	<p>Die Ausschreibung einer wissenschaftlichen Untersuchung zu Umfang und Ausmaß von Zwangsverheiratung in Deutschland ist am 14.07.2008 erfolgt.</p>	<p>Darüber hinaus wurde ein Rechtsgutachten zu Zwangsverheiratungen ausgeschrieben.</p>

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
2007 Entwicklung eines Nothilfe-Flyers, der Migrantinnen, die von Zwangsverheiratung bedroht oder betroffen sind, über ihre Rechte und verfügbare Hilfen aufklärt	BMFSFJ	Liegt vor, wurde mit finanzieller Unterstützung des BMFSFJ von TERRE DES FEMMES e.V. erstellt.		
Prüfung, wie Berater der Migrationserstberatung und Kursleiterinnen der niedrigschwelligen Frauenkurse durch Thematisierung in den Fortbildungsveranstaltungen und Vernetzung mit den entsprechenden Stellen in die Lage versetzt werden können, Ratsuchende zu den Themen Zwangsverheiratung und Gewalt im persönlichen Umfeld an entsprechend qualifizierte Beratungsstellen weiterzuvermitteln	BAMF	<p>Im Bereich der Migrationserstberatung wurden die Träger im Zuwendungsbescheid Ende April 2008 dazu verpflichtet, die Themen „Zwangsverheiratung“ und „Gewalt im persönlichen Umfeld“ im Rahmen der Fortbildung zu behandeln. Im Quartalsgespräch am 05.06.2008 wurden die Träger nochmals auf die Pflicht zur Umsetzung dieser Vorgabe hingewiesen.</p> <p>Die Selbstverpflichtung wurde für den Bereich der niedrigschwelligen Frauenkurse bereits zu großen Teilen umgesetzt. So wurden die Themen „Zwangsverheiratung“ und „Gewalt im persönlichen Umfeld“ in das Konzept zu den Frauenkursen aufgenommen. Das Fortbildungsangebot der Träger des Zentralstellenverfahrens (wie Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband -DPWV-, Internationaler Bund -IB-, Arbeiterwohlfahrt -AWO-, Verein für internationale Jugendarbeit -VIJ-) wurde auch für andere Träger geöffnet. So werden z.B. seitens des VIJ Tagesseminare zum Thema „Häusliche Gewalt und Zwangsverheiratung“ trägerübergreifend angeboten. Auch seitens der anderen Zentralstellen wurde das Thema bereits im Fortbildungsangebot berücksichtigt.</p> <p>Im 4. Quartal 2008 wird ein Abschlussbericht zur Thematik gefertigt.</p>	<p>Es ist davon auszugehen, dass die Träger der Migrationsberatung diese Verpflichtung erfüllen werden.</p> <p>Seitens der Zentralstellen bestand ein großes Interesse an der Thematik. Die trägerübergreifende Öffnung der Fortbildung erfolgte problemlos.</p>	<p>Ob Art und Umfang der Vermittlung dieser Themen im Rahmen der Weiterbildungsmaßnahmen der Träger der Migrationsberatung erfolgversprechend sind, kann erst im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung festgestellt werden. Die Verwendungsnachweise sind bis zum 30.06.2009 vorzulegen und werden anschließend geprüft.</p> <p>Das Thema Fortbildung im Allgemeinen und Zwangsverheiratung / Gewalt im Besonderen wird Thema des nächsten Treffens der Träger der niedrigschwelligen Frauenkurse im Oktober 2008 sein. Hierbei werden auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse weitere Maßnahmen besprochen.</p>

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
<p>Prüfung, in welcher Weise die Bundesregierung durch ihre Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen einer Imagekampagne zu einem Abbau von Stereotypen und Vorurteilen gegen Migrantinnen in der Mehrheitsgesellschaft beitragen kann</p>	<p>Beauftragte der Bundesregierung für Integration</p>	<p>Verschiedene Maßnahmen/Projekte sind mittelbar hierauf ausgerichtet, z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Textanzeigen in – in Deutschland erscheinenden - türkisch- und russischsprachigen Medien, in denen über den Nationalen Integrationsplan informiert wird, wobei weibliche Testimonials (Irina Kikitenko, Sportlerin; Dilek Bölükgiray, Polizeikommissarin) vorgestellt werden - Schirmherrschaft und Beteiligung an der öffentlichen Vorstellung der Kampagne der Innenministerkonferenz (IMK) gegen häusliche Gewalt durch die Beauftragte: In Fernsehspots und Zeitungsanzeigen wird mit Hilfe von erfolgreichen türkischen Migrantinnen (Nina Öger; Unternehmerin; Nazan Eckes, Fernsehmoderatorin) für ein selbstbestimmtes Leben von Migrantinnen und eine friedliche Lösung familiärer Konflikte geworben. <p>Kampagne mit drei Komponenten in unterschiedlichen Umsetzungsstadien:</p> <p>a) Im Frühjahr 2008 wurde bundesweit in großflächigen Plakaten für Integration geworben. Eines der insgesamt drei Plakatmotive lautete „Gleichberechtigung ist keine Frage der Herkunft“. Die drei Motive wurden in 17 Großstädten, auf insgesamt rd. 2750 Großflächenplakaten, 149 Infoscreens und rd. 600 Citylight-Plakaten in ca. 60 Bahnhöfen gezeigt.</p> <p>b) Mit dem bundesweit ausgeschriebenen Integrationspreis will die Bundesregierung in 2009 good-practice-Projekte bzw. – Initiativen von Jugendlichen im Bereich Integration auszeichnen. Dabei soll dem Abbau von Stereo-</p>	<p>Zu a) Die erste Staffel der Kampagne wurde erfolgreich durchgeführt und von der türkischstämmigen Öffentlichkeit sehr positiv aufgenommen.</p>	<p>Zu a) Eine zweite Staffel der Kampagne mit anderen Testimonials wurde ebenfalls durchgeführt. Eine themenspezifische Ergänzung bzw. Fortsetzung der Kampagne wird geprüft.</p>

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
		<p>typen gegenüber Migrantinnen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.</p> <p>c) Im Rahmen des Integrationspreises wird auch ein Musikwettbewerb ausgeschrieben. Hierbei werden Jugendliche dazu aufgerufen, einen Song zum Thema „Abbau von Stereotypen (insbesondere gegenüber Migrantinnen)“ zu texten und einzusingen. Dieser bundesweit auszuschreibende Wettbewerb wird sich an Schülerinnen und Schüler aller Schulsysteme in der Altersgruppe 10-19 Jahre richten.</p> <p>Bei der Konzeption des Integrationspreises standen die Migrantinnenorganisationen beratend zur Seite.</p>		
Fortsetzung des 2005 begonnenen „Dialogforums mit muslimischen Frauen“	BMFSFJ / Beauftragte der Bundesregierung für Integration (in Kooperation mit Muslimischer Akademie)	Laufend mit zwei bis drei Sitzungen jährlich.	Während der Tagung im November 2007 wurde das Aktionsbündnis „Muslimische Frauen“ gegründet. Mit der bundesweiten Vernetzung streben die Teilnehmerinnen der Tagung an, gemeinsame Ziele sowohl innerhalb der muslimischen Gemeinden wie auch gegenüber der nicht-muslimischen Öffentlichkeit besser vertreten zu können. Sie verabredeten, themenbezogen zu arbeiten, bestehende Aktivitäten in islamischen	

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
			Gemeinden, Wissenschaft und Politik aufzugreifen und zu vernetzen sowie gemeinsam Aktionen zu entwickeln und durchzuführen. Im Vordergrund steht dabei das gemeinsame Handeln muslimischer Frauen in ihrer ganzen Vielfalt. Einzelmitglieder des Aktionsbündnisses sind auch im Dialogforum vertreten. Als nächster Termin ist der 11. November 2008 vorgesehen.	
Angebot eines Mentoring-Programms als unterstützendes Netzwerk für die Arbeitsmarkt- und Karriereorientierung junger Frauen mit Migrationshintergrund (Oberstufenschülerinnen/Studentinnen) im Rahmen des Projekts „Network21 – Leben und Arbeiten in der transkulturellen Gesellschaft“	BMFSFJ	Siehe Themenfeld 3.		
Modellprojekt „Kulturelle Vielfalt als Impuls für Entwicklung und Wachstum“	BMFSFJ	Das Projekt „Kulturelle Vielfalt als Impuls für Entwicklung und Wachstum: Wertschöpfung durch Wertschätzung“ zielt darauf ab, einen nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der beruflichen Integration junger Frauen mit Migrationshintergrund zu leisten. (Okt. 2006 – März 2008) Zurzeit läuft die Transferphase zur Übernah-	Das Projekt ist sehr erfolgreich durchgeführt worden.	Der Abschlußbericht der wissenschaftlichen Begleitung und eine Handreichung für die Steuerung und Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft vor Ort sind in Vorbereitung.

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
		me der Maßnahme in das Regelangebot der Bundesagentur für Arbeit und/oder der Kommunen.		
Modellprojekt „Transkulturelles und interreligiöses Lernhaus der Frauen“	BMFSFJ	Die Qualifizierungsmaßnahme ist abgeschlossen (Okt. 2006 – März 2008)	Die Abschlussveranstaltung hat am 27.05.08 in Frankfurt/M stattgefunden.	Im November 2008 findet eine bundesweite Fachtagung statt, die sich der Einrichtung von Lernhäusern auf kommunaler Ebene widmet. Im Rahmen einer Handreichung sollen darüber hinaus Instrumente für die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft vorgestellt werden, die vor allem ausgerichtet sind auf das Übergangsmanagement Schule / Beruf für Frauen und Männer mit Migrationshintergrund.
Untersuchung des Migrationsprozesses aus der Gender-Perspektive im Rahmen der Deutsch-Französischen Tagung „Der Wandel von Rollenverständnissen im Integrationsprozess“	BMFSFJ	Die Tagung hat am 9./10.11.2007 stattgefunden. Die Dokumentation wird voraussichtlich Ende Mai vorliegen.		Es soll eine Folgetagung stattfinden.
Prüfung, wie die Partizipation von Migrantinnenorganisationen an der Projektförderung im Bereich Integration verstärkt werden kann; ggf. vermehrte Förderung von Angeboten, die Migrantinnenorganisationen bei der Kompetenzentwicklung in den Bereichen Projektplanung, -beantragung und –durchführung unterstützen	BAMF	Seit 3. Quartal 2007: Zur Stärkung der Migrantinnenorganisationen werden bereits Multiplikatorenschulungen, insbesondere für Ehrenamtliche, gefördert. Auf einer Tagung wurden die Wohlfahrtsverbände für eine verstärkte Einbeziehung von Migrantinnenorganisationen in die Projektarbeit sensibilisiert. Zur Stärkung der Migrantinnenorganisationen in ihrer Rolle als „Brückenbauer“ werden jährlich Fachtagungen des Bundesnetzwer-	Eine vollständige Umsetzung der Selbstverpflichtung ist erst mittelfristig möglich. Insbesondere durch die Kontakte in den Workshops ist von einer verstärkten Inanspruchnahme staatlicher Fördermittel in 2009 auszugehen.	Vermehrt sollen Projekte von Migrantinnenorganisationen und hier insbesondere Migrantinnenorganisationen gefördert werden.

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
		<p>kes Bürgerliches Engagement (BBE) gefördert. Für die diesjährige Tagung im Oktober in Potsdam wurde der Bewilligungsbescheid erstellt.</p> <p>Es wurden zwei Workshops zur Stärkung von Migrantinnenorganisationen durchgeführt, an denen auch Migrantinnenorganisationen teilgenommen haben.</p> <p>In den Entwurf der Förderrichtlinien wurde aufgenommen, dass eine stärkere Partizipation von Migrantinnenorganisationen bei der Projektarbeit angestrebt wird.</p>		
<p>Einbeziehung von Migrantinnenorganisationen in die Entwicklung des bundesweiten Integrationsprogramms und Berücksichtigung der speziellen Lebenslagen von Migrantinnen in allen Handlungsfeldern des Integrationsprogramms</p>	<p>BAMF</p>	<p>Das Bundesamt setzt diese Selbstverpflichtung im Rahmen der Entwicklung des bundesweiten Integrationsprogramms nach § 45 Aufenthaltsgesetz um.</p> <p>Hierzu wurde im Handlungsfeld gesellschaftliche Integration ein Themenschwerpunkt „Migrantinnenselbstorganisationen als Akteure der Integrationsförderung“ eingerichtet.</p> <p>Eine Expertenrunde mit Vertretern von Migrantenselbstorganisationen, Politik und Verwaltung, Forschung und aus dem Bereich des bürgerschaftlichen Engagements entwickelt zu diesem Themenbereich Empfehlungen für die Praxis der Integrationsförderung.</p> <p>Im Rahmen der Expertenrunde sind auch Vertreterinnen von Migrantinnenselbstorganisationen beteiligt.</p> <p>Ergänzend führt das Bundesamt im September 2008 einen Workshop speziell mit Migrantinnenselbstorganisationen durch, ebenfalls mit dem Ziel, Empfehlungen zur Stärkung ihrer Rolle in der Integrationsförderung zu entwickeln.</p>		<p>Die Empfehlungen zur Stärkung der Rolle von Migrantinnenselbstorganisationen als Akteure der Integrationsförderung unter besonderer Berücksichtigung der Kompetenzen und Bedarfe von Migrantinnenselbstorganisationen werden bis Frühjahr 2009 entwickelt und im Rahmen des bundesweiten Integrationsprogrammes veröffentlicht.</p>

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
Dezember 2007 Vorlage einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2005 mit Daten über die Lebenssituation von Migrantinnen in Deutschland (Projekt „Geschlecht und Migration“ Sonderauswertung Mikrozensus 2005)	BMFSFJ	Liegt vor.	Der Mikrozensus 2005 hat ergeben, dass von den 82,4 Millionen Menschen in Deutschland 15,3 Millionen aus dem Ausland kommen oder einen so genannten "Migrationshintergrund" haben. Knapp ein Fünftel der bundesdeutschen Bevölkerung ist damit ausländischer Herkunft oder hat beispielsweise Eltern oder Großeltern, die aus dem Ausland stammen.	Es wird geprüft, ob die Auswertung durch eine Sonderauswertung des SOEP (Sozioökonomisches Panel) ergänzt wird.
Juli 2007 Sonderauswertung aus Projekt „Lebenswelten von Migranten“	BMFSFJ	Liegt vor.	Die Sonderauswertung hat ergeben, dass von den derzeit 15,3 Mio. in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund fast die Hälfte Mädchen und Frauen sind. Viele von ihnen sind gut integriert, viele – gerade Frauen und Mädchen aus der zweiten und dritten Migrationsgeneration – orientieren sich mehr an modernen, partnerschaftlichen Rollenleitbildern	Die Ergebnisse der Sonderauswertung zum Mikrozensus werden in einem 2. Schritt bis zum Herbst 2008 quantifiziert.

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
			als an tradierten, patriarchalisch geprägten. Viele von ihnen tragen elterliche Verantwortung; oftmals sind gerade sie es, die die Integration der nächsten Generation prägen.	
Fortführung des Informationsdienstes "Migration und öffentliche Gesundheit"	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	Der INFODIENST Migration steht unter www.infodienst.bzga.de zur Verfügung. Ergänzend erscheinen weiterhin 4 Printausgaben (mit ca. 160 Beiträgen) pro Jahr.	Rege Nutzung: ca. 3200 Print- Bezieher (in Einrichtungen, Vereinen, Initiativen) und Internet. Der Informationsdienst hat sich als Instrument zum Informations- und Erfahrungsaustausch sowie zur Vernetzung bewährt.	Kontinuierliche Erweiterung des Verteilers.
Fortführung des bundesweiten Kooperationsverbundes „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	<ul style="list-style-type: none"> - 52 Kooperationspartner; regionale Knoten in 16 Bundesländern; - 76 identifizierte good practice-Beispiele, hiervon 15 für Menschen mit Migrationshintergrund; - der GMK-Beschluss vom 05.06.2007 befürwortet das Vorgehen; - Kooperation mit dem BMVBS; - Separates Themenmodul „Migration“ ist im Aufbau Siehe auch: www.gesundheitliche-chancengleichheit.de	Gute Resonanz bei den Akteuren auf Bundes- und Landesebene; Weiterentwicklung der partizipativen Qualitätsentwicklung; Problem: dauerhafte Finanzierung.	Perspektivisch stärkere Zusammenarbeit mit den Bundesländern und stärkere Ausweitung in der Regelversorgung; Finanzbedarf besteht für den Bereich der Vernetzung zwischen Bund/Land und Kommune sowie für Qualifizierungsmaßnahmen.
Online-Datenbank „Frauengesundheit und Gesundheitsförderung“ greift das Thema Migration und Gesundheit unter verschiedenen Aspekten auf.	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	Evaluation und Onsite-Befragung abgeschlossen mit positivem Ergebnis; laufende Aktualisierung aller Themen; Themenmodul „Migration“ steht aktualisiert zur Verfügung.	Portal erreicht die avisierte Zielgruppe und wird gut genutzt; der systematische	Perspektivisch neue Themenmodule und flächendeckende Nutzung durch größere Bevölke-

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
	klärung	www.frauengesundheitsportal.de	Aufbau weiterer Themenmodule ist aufgrund knapper Finanzen eingeschränkt.	rungsgruppen.
Im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung Erstellung eines Sonderheftes zum Thema „Migration und Gesundheit“	BMG / Robert-Koch-Institut	Der Schwerpunktbericht ist im Juli 2008 erschienen.		
Stärkere Berücksichtigung der Bedarfe der Migrantinnen in den von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung bereitgestellten Sexualaufklärungs- und Familienberatungsangeboten sowie Fortsetzung der Kooperation mit Interessenvertretungen der Migranten zur Verbesserung der Kultursensibilität von Aufklärungsmaterialien	BMFSFJ / Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA)	<p>Die BzGA hat am 13.02.08 einen Experten-Workshop zum Thema Migration - hier: migrationssensible Gestaltung von Medien (z. B.: Broschüren, Anzeigen usw.) der BzGA für den Bereich der Familienplanung durchgeführt.</p> <p>Für den Bereich "Migration und Gesundheit" wurde ebenfalls im Februar 2008 eine zweitägige Expertentagung mit einem Workshop zum Thema "Sexualaufklärung und Familienplanung" mit der gleichen Zielsetzung durchgeführt.</p> <p>Die Internetseite www.loveline.de wird unter Berücksichtigung von migrationsspezifischen Bausteinen und Chatthemen erweitert. Grundlagen hierfür sind diverse Expertengutachten. Begleitet wird die Maßnahme durch zielgerichtete Bewerbung mit Postkarten und Flyern sowie Angeboten von Kooperationspartnern vor Ort.</p> <p>Zusätzlich ist die Schaltung von Anzeigen in der kommerziellen Jugendpresse (z.B. Bravo) erfolgt. Durch die Anzeigen wurden u.a. Jungen mit Migrationshintergrund speziell angesprochen, sich mit dem Thema Verhütung und diesbezüglicher Verantwortungsübernahme auseinanderzusetzen und dabei</p>	Die in den Workshops erzielten Ergebnisse werden im Jahresarbeitsprogramm der BzGA, z. B. bei der Medienerstellung (insbesondere Broschüren), umgesetzt.	Das Migrationskonzept der BZgA als Arbeitsgrundlage für eine migrationssensible Fortentwicklung der Medien und Projekte ist fertig gestellt. Hierdurch soll insbesondere die Erreichbarkeit von Migrantinnen und Migranten bei den Maßnahmen der BZgA im Themenbereich Sexualaufklärung und Familienplanung verbessert werden. Hierbei werden die Heterogenität der Zielgruppe sowie die sich daraus ergebenden unterschiedlichen Problemlagen und Fragestellungen berücksichtigt. Unter anderem wurden durch das Konzept besondere Herausforderungen im Hinblick auf Sexualaufklärung und Familienplanung bei Migrantinnen und Migranten ermittelt, die nun mit

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
		die Angebote der BZgA als Printmedien oder im Internet zu nutzen. Die Anzeigen wurden von den Redaktionen der Zeitschriften auf der Basis der Ergebnisse und Erkenntnisse des Migrationskonzeptes der BZgA erstellt.		gezielten Maßnahmen aufgegriffen werden.
Sonderauswertung des Kinder- und Jugendgesundheits surveys (KiGGS).	BMG / Robert Koch-Institut	Durchführung des bundesweiten Kinder- und Jugendgesundheits surveys (Mai 2003 bis 2006) über den Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen im Alter von 0 bis 17 Jahren unter Einbeziehung einer repräsentativen Anzahl von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Ergebnisbericht: „Kinder- und Jugendgesundheits survey 2003 – 2006: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland“, Juli 2008.		
Nach Möglichkeit Beitrag zu einer geschlechtsspezifischen und kultursensiblen Gesundheitsaufklärung im Rahmen der Integrationskurse, des Integrationsprogramms und der Migrationserstberatung	BAMF	Seit 3. Quartal 2007: In den Konzepten für den Frauen- und Elternintegrationskurs sowie den Jugendintegrationskurs ist die geschlechtsspezifische und kultursensible Gesundheitsaufklärung als Thema im Aufbau sprachkurs verankert worden.	Die Selbstverpflichtung ist umgesetzt.	Eine weiter gehende Behandlung der Themen innerhalb der Integrationskurse ist nicht sinnvoll, da die Kurse in erster Linie dem allgemeinen Spracherwerb dienen.
Verstärkte Berücksichtigung frauenspezifischer Angebote im Rahmen der Projektförderung bei Themen der Gesundheits- und Sexualaufklärung	BAMF	Die Wohlfahrtsverbände wurden im Rahmen einer Tagung sensibilisiert, frauenspezifische Angebote bei der Gesundheits- und Sexualaufklärung im Rahmen der geförderten Projekte zu berücksichtigen. Im Rahmen des Auswahlverfahrens der neuen Projekte 2009 sollen geeignete Projekte mit Themen der Gesundheits- und Sexualaufklärung berücksichtigt werden.	Eine vollständige Umsetzung der Selbstverpflichtung ist erst mittelfristig möglich.	Im Rahmen des Auswahlverfahrens der neuen Projekte 2009/2010 werden geeignete Projekte mit Themen der Gesundheits- und Sexualaufklärung berücksichtigt.
Weiterführung der 2006 begonnenen Öffnung der niedrigschwelligen Frauenkurse auch für Migrantinnenorganisationen als Träger	BAMF	Der Anteil von Migrantinnenorganisationen bei der Durchführung von Frauenkursen ist sehr gering, obwohl alle Kurse von Frauen, häufig mit Migrationshintergrund, durchge-	Es gibt kaum reine Migrantinnenorganisationen, die für die Durchführung von	In 2009 soll der Anteil von Migrantinnenorganisationen ca. 20 % betragen. Das BAMF versucht gezielt,

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
		führt werden.	Frauenkursen gewonnen werden können. Das BAMF erhöht daher den Anteil von Migrantenorganisationen als Träger der Frauenkurse. Derzeit beträgt er ca. 12 %..	Migrantinnenorganisationen für die Durchführung von Frauenkursen zu gewinnen.
Wie bisher soll im Rahmen der Projektförderung die Förderung von Projekten im Bereich der Zusammenarbeit und Vernetzung mit der Altenhilfe und verstärkte Berücksichtigung frauenspezifischer Angebote erfolgen	BAMF	Seit 2006 wird das bundesweite Projekt „Älter werden in Deutschland“ der AWO gefördert, dessen Förderung um ein Jahr auf insgesamt drei Jahre verlängert wurde. Daneben werden mehrere regionale Projekte gefördert.	Die Selbstverpflichtung ist durch die Förderung des Projektes „Älter werden in Deutschland“ und der Berücksichtigung von entsprechenden Angeboten im Rahmen der geförderten Projekte umgesetzt.	
Durchführung des Projekts „Erfolgsbiographien von Migrantinnen“, Identifizierung von typischen Merkmalen für einen erfolgreichen Integrationsverlauf	BAMF	<p>Der Auftrag zu einer Expertise wurde Ende 2007 an Prof. Westphal von der Universität Osnabrück vergeben. Ein erster Entwurf der Expertise wurde im Mai 2008 abgegeben. Es erfolgte eine Rückmeldung mit Überarbeitungsbedarf an die Auftragnehmerin. Die Überarbeitung wird gerade durchgeführt. Eine Veröffentlichung der Expertise erfolgt nach Abnahme und Vorlage.</p> <p>Es wurden 30 Leitfadenterviews durchgeführt. Mit der Auswertung wurde begonnen. Derzeit erfolgen die Fertigstellung der Auswertung sowie der Entwurf eines Working Papers.</p>	<p>Der Projektverlauf ist erfolgversprechend, ein erster Entwurf der Expertise wie auch der Datenauswertung der Repräsentativbefragung ausgewählter Migrantengruppen zeigt aufschlussreiche und inhaltlich vielschichtige Ergebnisse.</p> <p>Seitens unterschiedlicher Organisationen wurde der Bedarf an einer Berücksichtigung von Migrantin-</p>	Inwieweit die Ergebnisse der Expertise im Hinblick auf die best-practice-Beispiele für die Integrationsförderung anwendbar sind, kann zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht abschließend beurteilt werden. Insofern könnte nach Abschluss der wissenschaftlichen Ausarbeitung im Anwendungsbereich noch Weiterentwicklungsbedarf bestehen.

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
			nen und einer speziellen Datenauswertung zur Erforschung der geschlechtsspezifischen Besonderheiten betont. Insofern füllt das Projekt eine Forschungslücke.	
Maßnahmen und Selbstverpflichtungen der nichtstaatlichen Institutionen und Organisationen				
Auf Anfrage Angebot zielgruppenspezifischer Workshops zum Thema Zwangsverheiratung als Menschenrechtsthema	Deutsches Institut für Menschenrechte	Am 7./8.2008 hat ein zweitägiger Workshop zusammen mit TERRE DES FEMMES e.V. stattgefunden.	Anhaltendes Interesse am Thema, positive Evaluierung.	Weitere Workshops sind geplant, mit einer stärkeren Ausdifferenzierung nach Zielgruppen: 3.7.08. wird ein Workshop zum Thema für Lehrer/innen veranstaltet.
Bereitstellung von Weiterbildungsangeboten zu frauenspezifischen Teilaspekten von Integration und Frauen-/Menschenrechten	TERRE DES FEMMES e.V.	<ol style="list-style-type: none"> 1. Fachtagung zum Thema Zwangsheirat im Juni 2007 und Februar 2008 (in Kooperation mit dem Institut für Menschenrechte, Berlin). 2. Digitaler Hilfsleitfaden „Im Namen der Ehre misshandelt, zwangsverheiratet, ermordet – Hilfsleitfaden für die Arbeit mit von Zwangsheirat/Gewalt im Namen der Ehre bedrohten oder betroffenen Mädchen und Frauen" (kostenlos zum Download unter www.frauenrechte.de). 3. Kontinuierliche Sensibilisierung durch unsere Wanderausstellungen und die in deren Rahmen stattfindenden Vorträge, Lesungen, Filmvorführungen und Diskussionsveranstaltungen 4. „Tatmotiv Ehre“ – Eine Ausstellung zu Gewalt an Frauen und Mädchen im Namen der Ehre (2007/08 20 Mal ausgestellt) 		

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
		<p>5. „Ohne Glanz und Glamour (I und II) – Prostitution und Frauenhandel im Zeitalter der Globalisierung“ (2007/08 46 Mal ausgestellt)</p> <p>6. „Sie versprachen mir ein herrliches Fest...“ Eine Ausstellung zu weiblicher Genitalverstümmelung. Ab 2009 ausleihbar.</p> <p>7. Entwicklung und Verteilung des bundesweiten Nothilfe-Flyers gegen Zwangsheirat und Heiratsverschleppung und der Jugendpostkarten „Ehre ist...“ und „Wer entscheidet, wen du heiratest?“ auf deutsch, türkisch, arabisch, albanisch und persisch im Frühjahr 2007 (gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend).</p> <p>7. Entwicklung und Verteilung des badenwürttembergischen Nothilfe-Flyers gegen Zwangsheirat und Heiratsverschleppung im Sommer 2008 (in Kooperation mit dem Integrationsbeauftragten der Landesregierung Baden-Württembergs).</p>		
Berücksichtigung migrantinnenspezifischer Aspekte im Rahmen von Informationsmaterial und Stellungnahmen als auch im Rahmen von Fachtagungen und Veranstaltungen	Frauenhauskoordination e.V.	<p>a) bundesweites Vernetzungstreffen/Werkstattgespräch 2008</p> <p>b) Newsletter 2/2008 „Migrantinnen als Opfer häuslicher Gewalt“</p> <p>c) Fachtagung zum 2. Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen von Frauenhauskoordination am 4.9.2007</p> <p>d) geplant für Dez. 2008: Fachforum und Workshops zu erfolgreichen Strategien.</p>		
Schwerpunktthema: besondere Probleme und Leistungsansprüche von Migrantinnen in „Rechtsinformationen für Frauen in Frauenhäusern mit Ans-	Frauenhauskoordination e.V.	Publikation der Rechtsinformation vom 30.5.2007: „Migrantinnen und Sozialleistungen im Frauenhaus“		

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
Anspruch auf ALG II nach dem SGB II“				
Überarbeitete Neuauflage der „Rechtsinfo: Migrantinnen – Aufenthaltsrecht in Härtefällen nach § 19 AuslG“ von 1999	Frauenhauskoordination e.V.	a) Umfrage bei Frauenhäusern zur Anwendung der Härtefallregelung nach §19 AuslG im Rahmen von Frauenhausaufenthalten. Diskussion der Ergebnisse während bundesweitem Vernetzungstreffen der Frauenhauskoordination sowie Veröffentlichung im Newsletter 2/2008 zum Thema b) Rechtsinfo Zuwanderungsgesetz geplant für 2008.		
„Medienpaket Frauenhäuser“	Frauenhauskoordination e.V.	Ziel: Migrantinnen besser über Hilfeangebote informieren und zur Inanspruchnahme motivieren. Seit Mai 2008 in Arbeit. Fertigstellung 2008/2009.		
Arbeitsgruppe des BMFSFJ zur Anwendung des SGB VIII im Falle erfolgter Zwangsverheiratung	Frauenhauskoordination e.V.	Mitwirkung an der Arbeitsgruppe. Publikation des Leitfadens durch BMFSFJ voraussichtlich November 2008, Verbreitung über Publikationen und Arbeitsgremien der Frauenhauskoordination.		
Prüfung der verstärkten Aufnahme in bzw. Mitarbeit von Migrantinnenorganisationen	Deutscher Frauenrat e.V.	a) Aufnahme des Bundesverbands der Migrantinnen durch Mitgliederversammlung, Nov. 07.; gute Kontakte zu muslimischen Frauenverbänden b) Studientag „Integration“, 15.2.08 mit zahlreichen Mitgliedern aus Migrantinnenorganisationen.		
Verstärkte Berücksichtigung des Aspekts der Frauen mit Migrationshintergrund in Stellungnahmen	Deutscher Frauenrat e.V.	Stellungnahme zum Pflegeweiterentwicklungsgesetz enthielt Anspruch auf geschlechter- und kultursensible Pflege. Einsatz für Aufnahme von Migrantinnen im alternativen CEDAW-Bericht.		
Einsatz für Mädchen und junge Frauen, die von familiärer Gewalt betroffen sind; Teilnahme an einer Arbeitsgruppe zur	Papatya	Mitwirkung an der Arbeitsgruppe seit Juli 2008, Veröffentlichung voraussichtlich Im Herbst 2008.		

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
Entwicklung von Handlungsrichtlinien für Behörden				
Erhalt/Weiterfinanzierung der interkulturellen Onlineberatung für gewaltbetroffene junge Migrantinnen	Papatya	Vom 1.6.07 für drei Jahre: Onlineberatung ausgeweitet, neuer Internetauftritt (SIBEL), begleitendes Informationsmaterial erstellt. Evaluation der Beratung erfolgt.	Finanzierung durch BMFSFJ als Modellprojekt war Voraussetzung.	
Pflege und Erweiterung europaweiter Kontakte zum Schutz junger Migrantinnen und Einbringen dieser Erfahrungen in deutsche Fachdebatte	Papatya	Kontakt und fachlicher Austausch mit Beratungsstellen in Schweden, Österreich, Schweiz, Frankreich, Niederlande, Türkei (Netzwerk Heiratsverschleppung)		
Bundesweite Kooperation und Vernetzung mit anderen Organisationen im Anti-Gewalt-Bereich	Papatya	Teilnahme und 2008 Ausrichtung der Bundesfachkonferenz der spezialisierten Mädchenschutzeinrichtungen im Bereich Zwangsverheiratung; Niedersachsen finanziert einen Platz für Mädchen und Frauen aus Niedersachsen.		
Entwicklung und Erprobung eines gemeinsamen, trägerübergreifenden Fortbildungsangebots für Kursleiter und –begleiter in „Seminarmaßnahmen zur Integration ausländischer Frauen – Frauenkurse“	Verein für Internationale Jugendarbeit / Internationaler Bund e.V.	Öffnung des Fortbildungsangebots für alle beteiligten Träger im Jahr 2007 (8 Seminare). 2008 Öffnung für alle Träger der Frauenkurse. Hinweis: Das BAMF gibt hierüber vierteljährlich berichtend Auskunft.		Weitere Öffnung für alle anbietenden Träger (Migrantenselbstorganisationen)
	Verband binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V.	a) Beratung b) Regionalgruppen der iaf haben unterschiedliche Schwerpunkte, Bsp.: Sprachförderprojekte in Kindertagesstätten; Fortbildung für Erzieher/innen; Jugendarbeit c) Vernetzung: Mitwirkung im Bundesforum Familie „Kinder brauchen Werte“; Mitglied bei der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen.	Zu a) steigender Bedarf seit Verabschiedung des Änderungsgesetzes	
Maßnahmen und Selbstverpflichtungen der Migrant/-innenorganisationen				

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
Entwicklung und Durchführung einer Informationskampagne „Frauen haben Rechte“	Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V.	Nicht umgesetzt, da keine Finanzierung – hier durch BMFSFJ. Gesondert bereits 4 Informationsveranstaltungen zum Zuwanderungsrecht durchgeführt.	Förderantrag wurde vom BMFSFJ nicht angenommen, da es sich um eine Selbstverpflichtung handelt.	
Beteiligung an Aktionen im Rahmen der Kampagne „ihre Freiheit – seine Ehre“	Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V.	Mitwirkung am gemeinsamen landesweiten Aktionstag des Aktionsbündnisses „Ihre Freiheit – seine Ehre“ im Okt. 2007 (300 Teilnehmende): Regelmäßige Veranstaltungen zum Thema Gewalt.		
a) Thematisierung der Gewaltproblematik i.R. von Kursen, Beratungen und sonstigen Veranstaltungen b) Bekanntmachung des BFmF e.V. als Anlaufstelle für Migrantinnen in Not	Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V. (BFmF)	a) 2007: Flyer auf eigene Kosten erstellt; Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiterinnen; Qualifizierung von Mitarbeiterinnen zu Mediatoren; Familienbildung im BFmF arbeitet mit Konzept des deutschen Kinderschutzbundes „Starke Eltern – starke Kinder“ – 26 hiermit ausgebildete Pädagoginnen mit Migrationshintergrund; jährlich 12-15 Seminare für Mütter. Behandlung des Themas im Mütterclub (50 Kinder mit Müttern) sowie im Gesprächskreis mit Jugendlichen. Integrationskurse: Befassung mit dem Thema, Praxisbesuche b) Das Zentrum ist bereits sehr gut bekannt.		a) Keine Ausweitung möglich, da keine Finanzierung dieser Beratungsarbeit erfolgt. b) Vernetzung: Arbeit auf Grundlage der Konzepte des deutschen Kinderschutzbundes.
Im Rahmen der Möglichkeiten Unterstützung als Kulturmittlerin in Fällen häuslicher Gewalt für Polizeidienststellen und soziale Einrichtungen; bessere Gewährleistung dieser Hilfestellung im Falle einer finanziellen Förderung	Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V. (BFmF)	Kulturmittlerin wird von Polizeidienststellen für Einsätze abgefragt.		
Sensibilisierung einer größeren Zahl	Begeg-	Auftritte einer Mitarbeiterin in verschiedenen	Ca. 20% der Bera-	Eine Finanzierung für eine

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
türkischer Migrantenfamilien in Deutschland für das Problem der häuslichen Gewalt; bei entsprechender Finanzierung kontinuierliche Aufklärungsarbeit mittels türkischer Medien und Einrichtung eines Beratungstelefons	nungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V (BfmF)	türkischen Fernsehsendern zum Thema Gewalt und Gender.	tungsangebote befassen sich mit der Gewaltthematik.	weitergehende Kooperation mit türkischen Medien ist nicht vorhanden.
Ausbau der Aufklärungsarbeit in Moscheegemeinden	Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V	2007: 15 Veranstaltungen in Moscheegemeinden		
Vorbereitung von Modulen für Imamfortbildungen; im Rahmen der Fortbildungen für Seelsorger sowie weiterer Multiplikatoren islamischer Gemeinden Entwicklung von Maßnahmen zur Sensibilisierung und Schulung zu den Themen familiäre Konflikte und häusliche Gewalt	Muslimische Akademie in Deutschland e.V.	Einjährige Fortbildung für Imame und Seelsorger: Beginn geplant für Herbst 2008	Bewilligungsbescheid BamF steht noch aus.	
Durchführung der Tagung „Chancengleichheit und Migrantinnen – Perspektiven und Handlungskonzepte für die Integration von Frauen in Deutschland und Europa“	Bundesverband für Migrantinnen in Deutschland e.V.	Die Tagung wurde im Juni 2007 durchgeführt; 200 Teilnehmende bundesweit. Die zentralen Ergebnisse: Benachteiligung beseitigen, Aufenthalts- und Rückkehrrecht bei Gewalt, differenziertes Bild von Migrantinnen in Medien.		
Durchführung einer Maßnahme „Integration durch Kultur“	Bundesverband für Migrantinnen in Deutschland e.V.	In Planung.		

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
Fortsetzung und Ausbau der Tätigkeit zur Förderung der Integration und damit der Verbesserung der Lebenssituation von Frauen unterschiedlicher Herkunft	Bundesverband für Migrantinnen in Deutschland e.V.	Neumitglied im Deutschen Frauenrat und im Paritätischen Wohlfahrtsverband / Landesverband Hessen		
a) Einsatz von Mediatoren in Arbeitskreisen, Foren und Veranstaltungen, um Sichtweisen und Interessen von Migrantinnen zu vermitteln und einzubringen b) Einsatz von Mentorinnen, um Migrantinnen in ihrer persönlichen und beruflichen Entwicklung zu fördern	Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V. (BFmF)	a) Mitwirkung in über 30 Arbeitskreisen; Teilnahme an über 60 Veranstaltungen, in über 30 Veranstaltungen als Referentinnen. 23 Veranstaltungen für nicht-muslimische Multiplikatoren im BFmF. b) ehrenamtliches Angebot sowie umfangreiches Angebot an Fort- und Weiterbildung, Schulabschlüssen, EDV etc. als Bildungseinrichtung.	Erfolgreiche Vernetzung mit vorhandenen Strukturen: zum Beispiel Mitwirkung am „Aktionstag gegen Männergewalt“ Köln, 2007 und anderen übergreifenden Aktionen zum Gewaltthema	
	Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V.	Mitbegründerin des Aktionsbündnisses muslimischer Frauen aus dem Dialogforum muslimischer Frauen (s.o. BMFSFJ-Selbstverpflichtung). Start 2008 mit dem Thema Gewalt.		
Einbeziehung der Situation der Kopftuch tragenden Mädchen und Frauen in Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben	Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.	Es gab seitens der Legislative noch keine Nachfrage bezüglich entsprechender Gesetzesvorlagen.		
Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten Unterstützung von Institutionen und Organisationen in ihrer migrantensensiblen Arbeit bei der Diskussion, Planung und Durchführung von Projekten	Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung e.V. (TDG)	Bundesweite Aufklärungsveranstaltungen in deutscher und türkischer Sprache über Frauenkrankheiten für Patienten sowie Fortbildungen für Ärzte und medizinisches Personal – besonders auch zur Aufklärung über die Möglichkeiten zur Vorbeugung des Mutterhalskrebses. Die Maßnahme wird von der TDG e. V. durchgeführt.	Die Infoveranstaltungen und Seminare sind stark besucht und die Teilnehmer haben ihr Interesse an den Themen und deren Wichtigkeit bekundet und nach weiteren Veranstaltungen	Die Maßnahme wird im laufenden Jahr bundesweit in verschiedenen Städten mit hohem Migrantenteil in deutscher und türkischer Sprache durchgeführt.

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
			nachgefragt.	
Im Rahmen zur Verfügung stehender Möglichkeiten Unterstützung der bundesweiten Etablierung des Prediger-Projekts zur Ausbildung von Imamen in Gesundheitsthemen	Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung e.V. (TDG)	Aufklärungskampagne in Hessen zu Integration und Gesundheit. In vier Hauptstandorten in Hessen wurden modulare Schulungen für Prediger, Vorsitzende der Moscheevereine und Vorsitzende der Frauengruppe der Moscheevereine durchgeführt. Wir konnten die Mitglieder von 52 DITIB-Moscheen in ganz Hessen erreichen (insgesamt gibt es in Hessen 72 DITIB-Moscheen). Begleitend zu den Schulungen wurden Laienseminare für die Mitglieder der einzelnen Moscheen durchgeführt, sowie Ärztefortbildungen über migrationsspezifische Erkrankungen und Therapien. Das Projekt wurde von der TDG e. V. in Zusammenarbeit mit der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB e.V.) und der Otto Benecke Stiftung e.V., Bonn, durchgeführt, gefördert durch Mittel des Hessischen Sozialministerium und der TDG e. V.	Die Teilnahme war über die Projektlaufzeit hoch und konstant, die Schulung wird mit der Verleihung eines Zertifikats durch die Hessische Sozialministerin im Herbst 2008 abgeschlossen. Durch die Vernetzung mit deutschen Institutionen und Behörden, nehmen diese die Moscheen als Ansprechpartner und Ort der Begegnung wahr und nutzen sie dementsprechend.	Auch nach Ende der Schulungen erhalten wir Anfragen zur Durchführung weiterer Laienseminare in den Moscheen sowie die Bitte zur Durchführung weiterer modularer Schulungen. Eine Ausweitung des Projektes ist in Planung.
Erstellung zweisprachiger Informationsblätter/ Info-Mails zu den Themen - Situation muslimischer Frauen mit Kopftuch - Situation älterer Migranten - Sexualität und Gesundheitsfürsorge; Anregung, diese Themen innerhalb der Freitagspredigten zu thematisieren	Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.	In Arbeit. Alle Themen werden regelmäßig in den Freitagspredigten berücksichtigt.		Fehlende Gelder für die Flyer.
Erstellung zweisprachiger Informationsblätter/ Info-Mails bzgl. gesellschaftspolitisch relevanter Themen für die angeschlossenen Moscheegemeinden	Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.	In Arbeit.		Fehlende Gelder für die Flyer.
Aktive Mitarbeit an von der Bundesre-	Zentralrat	Es gab bisher keine solchen Projekte, an		

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
gierung initiierten Projekten zum Abbau von Stereotypen und Vorurteilen; Bekanntmachung der Ergebnisse in Mitgliedsgemeinden	der Muslime in Deutschland e.V.	denen wir mitarbeiten konnten.		
Gesundheitsmobil für bundesweite Beratung, Gesundheitsförderung, -recht und -prävention der Migrantinnen, die von Genitalverstümmelung bedroht oder betroffen sind; gesundheitsorientiertes Beratungsangebot für die schwarzafrikanischen Communities in Deutschland.	Maisha - afrikanische Frauen in Deutschland e.V.	2006: 1500 Beratungs- und Hilfeangebote im Raum Frankfurt realisiert; Seminare und Workshops zu über 10 Themen (Gesundheit, Gewalt, Kreatives, Sport).	Sehr gute Kooperation mit dem Frankfurter Turnverein.	Finanzierung für weitere Arbeit, insbesondere auch für bundesweite Ausweitung erforderlich.
Kooperation mit MiMi	Maisha - afrikanische Frauen in Deutschland e.V.	1.1.2008: Koordinationsstelle für das Projekt MiMi des Ethno-medizinischen Zentrums Hannover, in Kooperation mit dem örtlichen Gesundheitsamt.		
Förderung des Rechts auf Selbstbestimmung	Agisra (Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung e.V., Köln)	<ul style="list-style-type: none"> - Okt. 07: Fachtagung „Menschenrechte für Migrantinnen und Women of Color“ - Projekt: „Recht auf Selbstbestimmung gegen Zwangsverheiratung“ 1.2.07 bis 2012 (Finanzierung Aktion Mensch und OAK-Foundation) - Kurse in DITIB-Moscheen, Rechtsseminare, interkulturelle Trainings - Berufsqualifizierung im Schwangeren- und Säuglingsschwimmen mit der Sporthochschule Köln - Policy-Netzwerke: Integrationskonzept Köln; Handlungskonzept der Landesregierung NRW zur Bekämpfung von Zwangsheirat seit April 2008. 	- Finanzierungsantrag beim Land Nordrhein-Westfalen gestellt.	